

Niederschrift Nr. 4 über die öffentliche Sitzung des Rates am 19.06.2002

Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgeb. II
Sitzungsdauer: 18.00 Uhr - 20.50 Uhr

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Oberbürgermeister Alwin Brinkmann

CDU/FDP

Ratsherr Heino Ammersken
Ratsherr Dr. Kurt-Dieter Beisser
Bürgermeister Erich Bolinius
Ratsherr Rolf Bolinius
Ratsherr Herbert Buisker
Beigeordnete Hillgriet Eilers
Ratsherr Ihno Groeneveld
Ratsherr Kurt Hannappel
Ratsherr Reinhard Hegewald
Ratsfrau Monika Hoffmann
Beigeordneter Heinz Werner Janßen
Ratsherr Holger Klaassen
Ratsherr Nils Köhler
Ratsherr Meinhard Meißner
Ratsherr Franz Melles
Ratsherr Hinrich Odinga
Beigeordneter Roland Riese
Bürgermeisterin Andrea Risius
Ratsherr Benedikt Rosenboom
Ratsherr Gerhard Schaudinn

SPD

Ratsherr Dr. Heinrich Kleinschmidt - Vorsitzender -
Ratsfrau Berendine Bamminger
Ratsherr Bernd Bornemann
Ratsherr Walter Davids
Ratsfrau Helga Grix
Beigeordneter Hans-Dieter Haase
Ratsherr Jürjen Heinks
Beigeordneter Horst Jahnke
Ratsherr Richard Janssen
Ratsherr Bernd Kalkkuhl
Ratsherr Rico Mecklenburg
Ratsfrau Elfriede Meyer
Beigeordnete Lina Meyer
Ratsfrau Marianne Pohlmann
Ratsherr Ihno Slieter
Beigeordneter Johann Südhoff

Niederschrift Nr. 4 über die öffentliche Sitzung des Rates am 19.06.2002

Bündnis 90/Die Grünen

Ratsherr Bernd Renken
Ratsherr Wulf-Dieter Stolz
Ratsherr Hermann Züchner

PDS

Ratsherr Kai-Uwe Schulze

von der Verwaltung

Stadtbaurat Jan Röttgers
Stadtrat Martin Lutz
Städt. Direktor Heinz-Bernhard Schmidt
Städt. Oberamtsrat Dieter Mansholt
Stadtangestellte Ursula Pientka als Protokollführerin

ca. 15 Zuhörerinnen und Zuhörer
Vertreter der örtlichen Presse

Punkt 1: Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Kleinschmidt eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Ratssitzung sind 41 Ratsmitglieder anwesend.

Er gratuliert dem jüngsten Ratsmitglied, Herrn Holger Klaassen, zum bestandenen Abitur ganz herzlich und überreicht ihm einen Blumenstrauß mit den besten Wünschen für das Studium.

Punkt 2: Feststellung der Tagesordnung

Herr Dr. Kleinschmidt teilt mit, zu TOP 13 "Eckdatenbeschluss zum Haushalt 2003" sei die Tischvorlage 14/284 "Einsparmöglichkeiten bei freiwilligen Leistungen" verteilt worden. Ferner lägen ihm drei Änderungsanträge zu diesem Punkt vor.

Herr Bolinius erklärt namens der CDU/FDP-Gruppe sowie der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass der gemeinsame Antrag zur "Änderung des Gesamtkonzeptes zum Bestand und zur Einrichtung von Fußgängerlichtsignalanlagen und Fußgängerüberwegen in den Hauptverkehrsstraßen der Stadt Emden" (Vorlage 14/119) zurückgezogen werde, da man auf das Wort des Oberbürgermeisters, wie er die Sache angehen wolle, vertraue.

Herr Haase erklärt, seine Fraktion schließe sich an.

Herr Bolinius bittet darum, nach TOP 17 eine Pause einzulegen, da bezüglich der Veränderungssperre noch Beratungsbedarf bestehe.

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Punkt 3: Genehmigung der Niederschrift Nr. 2 über die öffentliche Sitzung des Rates am 20.12.2001

Niederschrift Nr. 4 über die öffentliche Sitzung des Rates am 19.06.2002

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 2 über die öffentliche Sitzung des Rates am 20.12.2001 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 4: Genehmigung der Niederschrift Nr. 3 über die öffentliche Sitzung des Rates am 07.03.2002

Frau Eilers fragt nach den Gründen, weshalb einige Aussagen im Wortbeitrag von Herrn Haase zur Haushaltssatzung fett gedruckt und somit optisch hervorgehoben worden seien.

Herr Haase vermutet, dass seine Ausführungen so in das Protokoll übernommen worden seien.

Dies wird von der Protokollführerin bestätigt.

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 3 über die öffentliche Sitzung des Rates am 07.03.2002 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig
Enthalt.: 3

Punkt 5: Einwohnerfragestunde

Es werden keine Anfragen gestellt.

Punkt 6: Vorlage 14/276
Besetzung der Stelle des Ersten Stadtrates
- Verzicht auf die Ausschreibung
- Antrag auf Zustimmung der Bezirksregierung Weser-Ems

(Herr Röttgers nimmt an der Beratung und Beschlussfassung dieses und des folgenden Punktes nicht teil.)

Herr Brinkmann führt aus, seit dem Ausscheiden von Herrn Hemken mit Wirkung vom 01.06.2001 sei die Stelle des Ersten Stadtrates vakant. Grundsätzlich sei die Stelle des Ersten Stadtrates öffentlich auszuschreiben, es könne aber auf die Ausschreibung verzichtet werden, wenn mindestens 3/4 der Ratsmitglieder damit einverstanden seien. Seit dem Ratsbeschluss vom 21.06.2001 nehme Herr Röttgers die Funktion des Allgemeinen Vertreters des Oberbürgermeisters wahr.

Nachdem ihm von den Fraktionen sowie Herrn Schulze von der PDS zugesichert worden sei, auf eine öffentliche Ausschreibung verzichten zu wollen, habe man sich mit der Bezirksregierung in Verbindung gesetzt und von dort die Zustimmung erhalten für den Fall, dass vom Rat der Stadt Emden ein solcher Beschluss mit der erforderlichen Mehrheit gefasst werde.

Herr Röttgers habe in diesem Jahr nicht nur bewiesen, dass er das ihm übertragene Amt mit großer Umsicht wahrnehme, sondern er habe gerade in den letzten Monaten wesentlich dazu beigetragen, dass Großprojekte in dieser Stadt zum Erfolg geführt würden. Dies sei ihm auch von den Fraktionen und Herrn Schulze bestätigt worden.

Es habe bezüglich der Wahlzeit von acht Jahren Irritationen gegeben. Früher sei ein Wahlbeamter für sechs bzw. zwölf Jahre gewählt worden, während der Gesetzgeber und die NGO jetzt eine Wahlzeit von acht Jahren vorgäben. Mit dem Erreichen der Altersgrenze von 65 Jahren gehe der betreffende Beamte jedoch in den Ruhestand.

Niederschrift Nr. 4 über die öffentliche Sitzung des Rates am 19.06.2002

Beschluss: 1. Auf die Ausschreibung der Stelle des Ersten Stadtrates wird verzichtet.
2. Bei der Bezirksregierung Weser-Ems ist die Zustimmung zum Verzicht auf die öffentliche Ausschreibung zu beantragen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 7: Vorlage 14/277
Wahl des Stadtbaurates Johannes Röttgers zum Ersten Stadtrat

Herr Hegewald beantragt namens der Gruppe CDU/FDP geheime Wahl.

Als Wahlhelfer werden Frau Pohlmann sowie die Herren Buisker, Rolf Bolinius, Stolz und Schulze benannt.

Wahlkabine, Wahlurne und Schreibgerät sind bereitgestellt.

Die Ratsmitglieder gehen einzeln zur Stimmabgabe.

Herr Dr. Kleinschmidt gibt das Ergebnis wie folgt bekannt:

41 Ratsmitglieder sind anwesend,
41 Stimmzettel wurden abgegeben.

33 Ratsmitglieder stimmten mit Ja,
6 Ratsmitglieder stimmten mit Nein,
2 Ratsmitglieder enthielten sich der Stimme.

Er stellt fest, dass damit Herr Röttgers zum Ersten Stadtrat gewählt worden ist.

Herr Röttgers nimmt die Wahl an. Er habe die Vertretung des Oberbürgermeisters jetzt schon ein Jahr lang geübt und Spaß daran gefunden. Die Vertretung des Oberbürgermeisters heiße nicht nur in seiner Abwesenheit zu agieren, sondern bedeute auch Zusammenarbeit mit ihm selbst und dem Stamm der Mitarbeiter.

Er möchte sich herzlich dafür bedanken, dass der Rat ihm nach reiflicher Überlegung das Vertrauen in diesem Umfang ausgesprochen habe, und werde sich mit erhöhtem Einsatz erkenntlich zeigen.

Beschluss: Der Stadtbaurat Johannes Röttgers wird nach § 81 Abs. 3 Nds. Gemeindeordnung zum Ersten Stadtrat gewählt.

Er ist mit Wirkung vom 01.07.2002 unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Zeit für die Dauer von acht Jahren zum Ersten Stadtrat zu ernennen.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit
Dafür: 33
Dagegen: 6
Enthalt.: 2

Punkt 8: Vorlage 14/10/4
Besetzung des Werksausschusses Bau- und Entsorgungsbetrieb Emden

Beschluss: Der Rat stellt für den Werksausschuss des Bau- und Entsorgungsbetriebes Emden folgende Ausschussbesetzung fest:

Sonstige stimmberechtigte Mitglieder:

Betriebsangehörige Vertreter:

Sven Domnik
Rolf Jürgens

Sonstige Vertreter:

Rosemarie Filchner

Vertreter für:

Sven Domnik und Rolf Jürgens

Friedrich Davids
Martin Kirchhoff
Markus Hieronimus
Rainer Rinne
Horst Schröter
Wilfried Meyer

Vertreter für:

Rosemarie Filchner - Erwin Petrikewitz

Ergebnis: einstimmig
Enthalt.: 2

Punkt 9: Vorlage 14/10/5
Umbesetzung von Ratsausschüssen

Beschluss: Der Rat stellt folgende Ausschussumbesetzungen (beratende Mitglieder)
fest:

Ausschuss für Gesundheit und Soziales:

Frau Soghra Janssen anstelle von Herrn Wübbo Kruizinga

Sportausschuss:

Herr Georg Zimmermann anstelle von Frau Soghra Janssen

Ausschuss für Kultur und Erwachsenenbildung:

Frau Natalie Gerner anstelle von Frau Soghra Janssen

Ergebnis: einstimmig

Punkt 10: Vorlage 14/274
Bestimmung der Mitglieder der Landschaftsversammlung der Ostfriesischen
Landschaft

Niederschrift Nr. 4 über die öffentliche Sitzung des Rates am 19.06.2002

"Der Rat stellt fest, dass die Zustimmung zum vorliegenden Investitionsprogramm Veränderungen bei der Verwendung der Mittel in einzelnen Positionen bei den folgenden Budgetberatungen nicht ausschließt." Ferner beantrage Herr Riese namens der Gruppe CDU/FDP eine Änderung der Vorlage 14/216 in folgendem Punkt:

Als Oberziel des FB 300, Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung, soll es heißen
ersetze

"1. Stärkung der Wirtschaft"

durch

"1. Schaffung von Arbeitsplätzen durch Stärkung und Ansiedlung kleiner und mittelständischer Betriebe".

Herr Lutz berichtet, die Verwaltung habe ihre Arbeit getan und einen Eckdatenbeschluss im Entwurf vorgelegt. Man sei einen neuen Weg gegangen, d. h. Rat und Verwaltung seien in diesem Jahr verstärkt gemeinsam eingebunden bei der Haushaltsaufstellung, indem die Beratung in den Ausschüssen erfolge, bevor der Haushalt eingebracht werde.

Die Verwaltung habe einen soliden Entwurf vorgelegt, bei dem im Verwaltungshaushalt Einsparungen von 3,1 Mio. Euro realisiert worden seien, die nicht nur aus Mindereinnahmen resultierten, sondern es seien auch Mehrausgaben zu bewältigen gewesen. Dieser Haushalt sei nicht ohne Risiko, d. h. die Risiken seien, soweit absehbar, einkalkuliert worden.

Die Stadt Emden müsse mit sinkenden Einnahmen rechnen, wobei die Reduzierung der Gewerbesteuereinnahmen aufgefangen werden könne durch Steuererhöhungen an anderer Stelle. So werde die Grundsteuer leichte Ertragsverbesserungen bringen durch die Ausweisung weiterer Baugebiete.

Noch nicht abschließend könne gesagt werden, wie die Summe im Finanzausgleich aussehen werde. Nach den derzeitigen Zahlen müsse man davon ausgehen, dass die Prognose als realistisch anzusehen sei.

Auf der anderen Seite weise er darauf hin, dass es Ausgabenerhöhungen geben werde, die von den jeweiligen Fachbereichen aufgefangen werden müssten. Hier seien die Fachausschüsse und Fachbereiche nach den Sommerferien gefragt, gemeinsam nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen.

Er möchte an die Fraktionen appellieren, die begonnenen Maßnahmen auch zu Ende zu führen. Fördermittel von Bund und Land sowie der EU sollten eingeworben und Eigenmittel dagegengesetzt werden.

Zur Nettoneuverschuldung habe er dem Rat eine kurze Beschreibung des Schuldenstandes vorgelegt. Danach liege man im Vergleich zu 1998, als der Schuldenstand 69.900.000 Euro betragen habe, nach Abzug der 2,5 Mio. Euro für die Frisia mit 66.700.000 Euro noch deutlich unter dem damaligen Niveau.

Er bitte darum, dem Eckdatenbeschluss zuzustimmen, um sich nach der Sommerpause mit den einzelnen Produkten zu beschäftigen.

Herr Bolinius ist erfreut darüber, dass der Eckdatenbeschluss diesmal mit einer detaillierten Ausarbeitung vorgelegt worden sei. Hier greife das neue Steuerungsmodell, und man sei auf dem richtigen Wege. Er möchte zunächst den Antrag, die geplante Nettoneuverschuldung um 50 % zu reduzieren, begründen, und aus dem Schreiben der Bezirksregierung vom

Niederschrift Nr. 4 über die öffentliche Sitzung des Rates am 19.06.2002

22.04.2002 zitieren:

"Auch wenn der Haushaltsplan für dieses Haushaltsjahr erneut ausgeglichen ist, sind folgende Anmerkungen notwendig, um die Stadt Emden zu veranlassen, wieder verstärkt eine restriktive Haushaltswirtschaft zu betreiben und sowohl die Ausgaben des Verwaltungs- als auch des Vermögenshaushalts zu begrenzen. Die Entwicklung einzelner Ausgabenschwerpunkte weist darauf hin, dass die Stadt wegen der besonders guten Entwicklung der Einnahmen nicht mehr die zwingende Notwendigkeit gesehen hat, das Ausgabenniveau zu begrenzen oder sogar zurückzuführen."

Ferner schreibe die Bezirksregierung:

"Besorgniserregend und haushaltswirtschaftlich problematisch ist, dass die Stadt Emden zumindest seit dem HHJ 1998 die Personalausgaben zu niedrig einplant. Die im Jahresergebnis tatsächlich geleisteten Personalausgaben liegen regelmäßig zum Teil deutlich höher als der Planansatz."

Ferner habe die Kommunalaufsicht darauf hingewiesen, dass sie zwar damit einverstanden sei, die Mehreinnahmen insbesondere aus Gewerbesteuern primär zur Abdeckung der Haushaltsdefizite und zum Abbau der Kassenkredite zu verwenden, sie aber gleichzeitig von der Stadt Emden erwarte, dass die vor Jahren erfolgreich eingeleiteten Konsolidierungsbemühungen ernsthaft fortgesetzt würden.

Die beispielhaft aufgezeigte Entwicklung einzelner Ausgabenblöcke weise jedoch darauf hin, dass die Stadt Emden von ihrem gemeinsam mit der Kommunalaufsicht getragenen Konsolidierungskurs abgewichen sei und ihre Konsolidierungsbemühungen nicht nachhaltig und bezogen auf alle Ausgaben der Stadt konsequent weiter verfolgt habe. Die Kommunalaufsicht sehe trotz des ausgeglichenen Haushalts insoweit konkreten und dringenden Handlungsbedarf.

Vor diesem Hintergrund sollte die Stadt konsequenterweise bereits jetzt wieder die notwendigen Maßnahmen treffen und die Ausgaben auf ein Niveau zurückführen, das auch bei rückläufigen Einnahmen noch finanzierbar sei.

Die Antragsteller seien der Meinung, dass die 50 %ige Reduzierung richtig angesetzt sei. Die heute vorgelegten Einsparmöglichkeiten bei freiwilligen Leistungen seien dafür weniger geeignet, sondern man habe eher daran gedacht, den Vorschlägen der Bezirksregierung zu folgen und z. B. bei den Personalausgaben weitere Einsparungen vorzunehmen. Darüber wolle man in den Fachausschüssen beraten und zumindest versuchen, diesem Ziel näherzukommen.

Zum zweiten Antrag sei anzumerken, dass nicht die gesamten Investitionen gekürzt werden sollten, aber innerhalb des Gesamtbudgets in den Beratungen durchaus noch Änderungen vorgenommen werden könnten. Im letzten Jahr sei auch so verfahren worden.

Der dritte Antrag, die Schaffung von Arbeitsplätzen durch Stärkung und Ansiedlung kleiner und mittelständischer Betriebe vorrangig zu betreiben, dürfte unstrittig sein.

Herr Jahnke führt aus, natürlich sei es möglich, im Rahmen der Haushaltsberatungen noch Änderungen vorzunehmen. Seine Fraktion begrüße ausdrücklich, dass die Mehrheitsgruppe signalisiert habe, im Vermögenshaushalt keine Änderungen vorzunehmen, d. h. an den zukunftssichernden Großprojekten wie Sanierung des Industrieparks Frisia, Neugestaltung des Binnenhafens, Soziale Stadt Barenburg, Neugestaltung des Bahnhofsvorplatzes oder Verkehrskreisels bei VW und am Nordkai festhalten wolle.

Man tue recht daran, keine Kürzungen im Vermögenshaushalt vorzunehmen, sondern ge

Niederschrift Nr. 4 über die öffentliche Sitzung des Rates am 19.06.2002

meinsam die erfolgreiche Politik der letzten Jahre fortzusetzen, denn nur wenn man auch bereit sei zu investieren, werde es auf Dauer gelingen, die in Emden immer noch viel zu hohe Arbeitslosenquote zu senken.

Er möchte darauf hinweisen, dass fast alle Großprojekte vom Land und teilweise auch aus Mitteln der europäischen Union kofinanziert würden. Die geplanten Investitionen stärkten das Handwerk und die mittelständischen Unternehmen und wirkten in hohem Maße beschäftigungsfördernd. Von daher werde auch seine Fraktion zustimmen, einen solchen Passus aufzunehmen.

Ebenso werde man die Zustimmung seiner Fraktion finden, wenn mit Recht darauf hingewiesen werde, die Nettoneuverschuldung im Auge zu behalten. Die Einnahmesituation zwingt dazu, weiterhin sparsam und mit Augenmaß hauszuhalten. Wenn allerdings, wie heute geschehen, ein Antrag auf Kürzungen im Verwaltungshaushalt in einer Größenordnung von 1,6 - 1,7 Mio. Euro gestellt und nicht einmal gesagt werde, an welcher Stelle man die Beträge konkret einsparen wolle, dann sei dies eine Verfahrensweise, der die SPD-Fraktion nicht zustimmen könne.

Er bitte zu bedenken, dass die Verwaltung in ihrem Entwurf zum Eckdatenbeschluss 2003 bereits erhebliche Eingriffe in die Budgets der einzelnen Fachbereiche vorgenommen habe, die nach Meinung seiner Fraktion keine weiteren Kürzungen zuließen, es sei denn, man wolle Personal entlassen oder die freiwilligen Leistungen noch weiter kürzen. Weitere Einschnitte in diesen Bereichen wären gleichbedeutend mit einem nicht unerheblichen Leistungs- und Qualitätsverlust, den seine Fraktion nicht hinnehmen wolle.

Vielen hier im Rat seien noch die schmerzlichen Einschnitte in Erinnerung, die man im Rahmen der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen bei den freiwilligen Leistungen habe vornehmen müssen.

Gerade vor diesem Hintergrund und angesichts der Tatsache, dass der Verwaltungsentwurf zum Eckdatenbeschluss 2003 aufzeige, dass der Kapitaleinsatz, d. h. Zinsen und Tilgung, aus Eigenmitteln in voller Höhe gedeckt werden könnten, sei dieser Antrag für seine Fraktion nicht nachvollziehbar.

Der Eckdatenbeschluss für 2003 zeige einen ausgeglichenen Haushalt; es gebe eine Reihe von Kommunen in Niedersachsen, die davon nur träumen könnten. Außerdem weise die unlängst im Verwaltungsausschuss dargestellte Entwicklung der Schuldenstände der Stadt Emden von 1998 bis 2003 aus, dass es gelungen sei, die Verschuldung zu reduzieren, obwohl die notwendigen Investitionen für das Frisiagelände darin enthalten seien. Hier könne man in den nächsten Jahren mit zusätzlichen Einnahmen, also einem entsprechenden Kapitalrückfluss, rechnen. Das seien rentierliche Schulden.

Wenn man also wirklich weitere Einsparungen vornehmen wolle, dann sollte auf den Bau einer zweiten Musikschule verzichtet werden, denn das sei eine wirklich unnötige Ausgabe.

Statt pauschaler Kürzungen schlage die SPD-Fraktion vor, unter verstärktem Einsatz der AAGE die Anstrengungen weiter zu intensivieren, über Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen Sozialhilfeempfänger wieder fit zu machen für den Arbeitsmarkt. Das sei sozialpolitisch ausgewogen, wirke beschäftigungsfördernd und werde auf Dauer dazu führen, dass sich die Sozialausgaben weiter reduzierten.

Erste gute Ansätze dafür seien in der letzten Gesellschafterversammlung besprochen worden. Wenn man diesen Weg gemeinsam kontinuierlich verfolge, dann werde es auch gelingen, handlungsfähig zu bleiben und in den kommenden Jahren ausgeglichene Haushalte zu präsentieren.

Niederschrift Nr. 4 über die öffentliche Sitzung des Rates am 19.06.2002

Herr Hegewald trägt vor, dieser Eckdatenbeschluss, der seit einigen Jahren eingeführt worden sei, sei ein wichtiges Instrument bei den Haushaltsberatungen. Er Sorge für eine frühzeitige Beteiligung des Rates und für mehr Transparenz, aber auch für mehr Disziplin in den Haushaltsberatungen. Er stelle ein Korsett dar, in dessen Rahmen man sich beraten könne, und man wisse zur Jahresmitte Bescheid über die Haushaltsentwicklung im nächsten Jahr.

Früher habe man von der Nettoneuverschuldung erst im Herbst erfahren - zu spät, um Gegenmaßnahmen ergreifen zu können. Jetzt sei die Möglichkeit gegeben, frühzeitig gegenzusteuern, und diese Chance wolle die neue Mehrheit nicht nutzlos verstreichen lassen.

Man wolle nicht auf Kosten der Kinder und Kindeskiner leben und deshalb die von der Verwaltung ermittelte Nettoneuverschuldung im Verwaltungshaushalt für das nächste Jahr schließen - jedenfalls zu 50 %. Sicher habe die Verwaltung schon Streichungen vorgenommen, aber es solle geprüft werden, ob darüber hinaus noch Einsparungen möglich seien. Die Antragsteller seien der Meinung, dass dies bei einem Haushaltsvolumen von 120 Mio. Euro im Verwaltungshaushalt möglich sei. Die vorgesehenen Einsparungen entsprächen gerade einmal 1,4 % des Haushaltsvolumens des Verwaltungshaushaltes.

Dies werde nicht einfach sein, aber wer seine Ziele zu niedrig ansetze oder gar keine habe, der habe von vornherein verloren. Man sei nicht gewählt worden, um alles beim Alten zu belassen und nichts zu tun, sondern weil die Bürgerinnen und Bürger damit die Hoffnung verbunden hätten, dass sich nach Jahrzehnten der Erstarrung in dieser Stadt endlich wieder etwas bewege - auch und gerade bei den Finanzen.

Deshalb habe man den Mut zu sagen, dass man noch vorsichtiger mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger umgehen wolle und müsse. Wenn die Verwaltung keine Einsparmöglichkeiten mehr erkenne, dann werde man eben in den Fachausschüssen ausloten, was machbar sei und was nicht.

Man werde offen reden in den Ausschüssen, mit allen Organisationen und Gruppen, die ggf. betroffen sein könnten. Dies geschehe nicht, um jemanden zu ärgern oder aus reiner Freude am Sparen, sondern dies sei ein weiterer Schritt auf dem Wege zur finanziellen Solidität.

Die finanzielle Handlungsfähigkeit der Stadt solle langfristig erhalten bleiben, und man wolle nicht wieder in die Situation der 90er Jahre hineinkommen. Wenn man sich zufrieden zurücklehne, würde man den Emden Bürgerinnen und Bürgern langfristig keinen Gefallen tun und die Probleme nur verschieben.

Man lasse es nicht zu, dass zur Mitte dieses Jahrzehnts der Schuldenberg sich weiter erhöhe und appelliere deshalb an die SPD-Fraktion, die Mehrheitsgruppe bei dieser schwierigen Aufgabe zu unterstützen. Die SPD-Fraktion stehe, auch wenn sie in dieser Stadt nicht mehr die entscheidende politische Kraft sei, immer noch in der Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt.

Sie sollte zu dieser Verantwortung stehen und konstruktiv mitarbeiten, so wie man es in den 90er Jahren im Rahmen der Haushaltskonsolidierung auch gemacht habe. Wenn das Angebot nicht angenommen werde, würde man keine Probleme damit haben, diese Last alleine zu schultern.

Herr Renken erklärt, seine Fraktion sei wie auch die Mehrheitsgruppe zu einer vorausschauenden Politik bereit. Die Erfahrungen der Vergangenheit hätten gezeigt, und die Ausführungen des Oberbürgermeisters zum Haushalt 2002 seien eine eindeutige Warnung für die Entwicklung der nächsten Jahre gewesen, dass man damit rechnen müsse, im Jahre 2005 wieder ein Defizit von 7 Mio. Euro zu haben.

Niederschrift Nr. 4 über die öffentliche Sitzung des Rates am 19.06.2002

Wenn man heute anfangen und gemeinsam versuche, schon beim Eckdatenbeschluss Einsparungen zu erzielen, dann habe das damit zu tun, dass der Haushalt nicht erst vor die Wand gefahren, sondern die Bremse rechtzeitig betätigt werden solle. Er denke, dass man mit diesem Leitprinzip, bis 2005 die Nettoneuverschuldung um 50 % zu reduzieren, gut liege.

Bei den Schulden habe sich die Situation nicht verschlechtert, d. h. man sei wieder auf dem Stand von 1998. Da sich die Städte und Gemeinden jedoch nicht davon lösen könnten, was auf Bundes- und Landesebene durch Änderung der Rahmenbedingungen passiere, gebe es hier einige Risiken, die man berücksichtigen müsse.

Wenn er sehe, in welcher Höhe die Nettoneuverschuldung vorgenommen werde, so sei dies ein Trend, den man nicht akzeptieren könne. Von daher seien die Anträge nicht überzogen. Es werde eine kooperative Bereitschaft seitens der Verwaltung erwartet, um die Ziele zu erreichen.

Herr Haase führt aus, der Antrag verfolge natürlich das richtige Ziel. Die Minister in Berlin und Hannover machten nichts anderes. Dass die Nettoneuverschuldung zurückgefahren werden müsse, sei unstrittig, aber Herr Lutz habe auch geschildert, dass dieser Beschluss wirklich Solidität und Kontinuität der letzten Jahre verkörpere.

Wenn man über Verschuldung rede, so handele es sich in erster Linie um zusätzliche Verschuldung aufgrund von Investitionen, wobei man für jeden investierten Euro mindestens einen Euro aus irgendeinem Topf zurückerhalte. Ohne die Investitionen in den Frisia-Industriepark hätte es in diesem Jahr keine Neuverschuldung gegeben.

Er sei froh darüber, dass die neue Mehrheit, und er zähle die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mittlerweile dazu, zu dem Ergebnis gekommen sei, nicht durch Kürzungen im Bereich Investitionen sparen zu wollen. Abenteuerlich sei aber der Ansatz, 1,65 Mio. Euro im Verwaltungshaushalt einzusparen. Es sei allen Ratsmitgliedern bekannt, dass bei den Vorgesprächen der Verwaltung schon über 3 Mio. Euro gestrichen worden seien, und wenn der Kämmerer sage, der Haushalt sei solide, dann sei man gut beraten, diesen Eckdatenbeschluss so zu verabschieden wie heute vorgestellt. Die Sozialdemokraten sähen keine Möglichkeiten für weitere Einsparungen, insbesondere nicht im Verwaltungshaushalt.

Alles andere bedeute Kürzungen im Bereich Personal, Soziales, Jugend, Kultur, Schule, und zwar bei den freiwilligen Leistungen, und das seien genau die Bereiche, wo alle 4 Parteien bei der Kommunalwahl gesagt hätten, dort wolle man Schwerpunkte setzen. Es gehe dann um zusätzliche Hausmeisterstellen, um Zuschüsse für die Musikschule, Kunsthalle sowie um freiwillige Leistungen für Vereine, Stadtteilarbeit usw. Er glaube, dass man sich darin einig sei, dem Urteil des Kämmerers, der die Solidität seines Vorgängers weiter fortsetzen wolle, vertrauen zu können und den entsprechenden Vorschlägen zustimmen sollte.

Er verstehe den Bescheid der Bezirksregierung so, dass man nur dazu angehalten werde, den soliden Weg der letzten Jahre weiter fortzusetzen. Wesentlich mehr könne man s. E. nicht herausholen. Die Politik müsse Schwerpunkte setzen, die nicht nur in Wahlkampfzeiten, sondern auch Jahre danach noch Gültigkeit hätten. Die SPD-Fraktion sei bereit, über alle Dinge in den Fachausschüssen zu reden. Wenn die Vorschläge vernünftig seien, werde man sich nicht verschließen, andernfalls kündige er aber härtesten Widerstand an.

Herr Riese bekräftigt namens der Gruppe die Absicht, die Neuverschuldung zurückzuführen. Die Bezirksregierung halte es für notwendig, dass der Eckdatenbeschluss vom 17.04.2001 in diesem Haushaltsjahr nicht realisiert werde. Deshalb sei Sparsamkeit angesagt. Er appelliere an die Sozialdemokraten, sich dem Vorschlag der Gruppe anzuschließen und den Eckdatenbeschluss zu verabschieden, aber mit einer veränderten Maßgabe. Die nächsten Monate sollten genutzt werden, in Zusammenarbeit mit der Verwaltung den Haushalt nach Einsparmöglichkeiten zu durchforsten und dann auch gemeinsam zu verabschieden.

Niederschrift Nr. 4 über die öffentliche Sitzung des Rates am 19.06.2002

Herr Brinkmann merkt zum Schreiben der Bezirksregierung an, es sei guter Brauch bei der Stadt Emden, dass sie, bevor ein Eckdatenbeschluss gefasst oder ein Haushalt beschlossen werde, mit der Bezirksregierung die Richtung bestimme, was Nettoneuverschuldung und vorhandene Projekte angehe. Die Bezirksregierung habe immer wieder gesagt, wenn Projekte anstünden, dann erlaube sie ganz bewusst eine höhere Nettoneuverschuldung, weil sie wisse, dass die Stadt Emden im Gegensatz zu anderen Kommunen die Neuverschuldung zurückfahre, wenn sie wieder in ruhigeres Fahrwasser komme. Die Bezirksregierung schreibe, dass die Stadt die Ausgaben begrenzen, das Personal anpassen und Konsolidierungsmaßnahmen vorbereiten solle. Genau das habe der Vorstand in Vorbereitung des Eckdatenbeschlusses getan. Er habe die Mahnung des Regierungspräsidenten ernst genommen und die Nettoneuverschuldung soweit es gehe heruntergefahren.

Was den Sozialhaushalt angehe, so werde dieser seit 4 oder 5 Jahren bereits erfolgreich zurückgefahren. Irgendwann sei bei 10 % Arbeitslosigkeit aber eine Grenze gesetzt. Wenn jetzt gefordert werde, nach Einsparmöglichkeiten zu suchen, um die geplante Nettoneuverschuldung um 50 % zu reduzieren, so sei er dazu nicht in der Lage, denn wenn er solche Vorschläge machen könnte, dann hätte er seine Aufgabe im Vorfeld verfehlt und einen falschen Eckdatenbeschluss vorgelegt.

Wenn man sich einig sei, im Vermögenshaushalt an den Großprojekten nicht zu rütteln, dann bleibe nur die Möglichkeit, bei den freiwilligen Leistungen zu sparen, und deshalb sei diese Liste vorgelegt worden. Es sei fast unmöglich, auch nur 1 Mio. Euro einzusparen.

Auch bei den Personalausgaben werde bekanntlich ein harter Sparkurs gefahren. Er könne daher nicht allzu viel Hoffnung machen, dass das genannte Ziel erreicht werde. Zum ersten Mal sei es nach knapp 3 Jahren gelungen, einen Eckdatenbeschluss nicht nur vorzulegen, sondern auch zu vereinbaren, dass die Fachbereichsleiter sich selber mit dem Rat auseinandersetzen und sagten, wo etwas gemacht werden könne. Es liege dann beim Rat und nicht beim Oberbürgermeister oder dem Verwaltungsvorstand, weitere Einsparungen aufzuzeigen.

Herr Haase bittet die Gruppe zu überlegen, ob man nicht auf den Antrag verzichten könne, weil der Oberbürgermeister und Herr Lutz deutlich gemacht hätten, dass das Ziel nicht erreichbar sei. Entweder man sage, wie es gemacht werden solle, oder verzichte auf den Antrag und versuche gemeinsam, in den Fachausschüssen auszuloten, was möglich sei oder nicht, wie man es vor einigen Jahren gemacht habe.

Herr Dr. Beisser teilt mit, man werde bei diesen Anträgen bleiben, weil man es für möglich halte, das Ziel erreichen zu können.

Herr Dr. Kleinschmidt lässt zunächst über die Vorlage abstimmen.

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt die als Anlage der Vorlage 14/216 beigefügten Eckdaten zum Haushalt 2003.

Ergebnis: einstimmig
Enthalt.: 1

Es wird sodann über den 1. Änderungsantrag der CDU/FDP-Gruppe und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abgestimmt.

Beschluss: Die Verwaltung wird beauftragt, nach Einsparmöglichkeiten im Verwaltungshaushalt zu suchen, um die geplante Nettoneuverschuldung um 50 % zu reduzieren.

Niederschrift Nr. 4 über die öffentliche Sitzung des Rates am 19.06.2002

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit angenommen
Enthalt.: 1

Es erfolgt die Abstimmung über den 2. Änderungsantrag der Gruppe CDU/FDP und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Der Rat stellt fest, dass die Zustimmung zum vorliegenden Investitionsprogramm Veränderungen bei der Verwendung der Mittel in einzelnen Positionen bei den folgenden Budgetberatungen nicht ausschließt.

Ergebnis: einstimmig angenommen
Enthalt.: 1

Der 3. Änderungsantrag der Gruppe CDU/FDP, die Vorlage 14/216 in folgendem Punkt zu ändern:

Als Oberziel des FB 300, Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung, soll es heißen ersetze

"1. Stärkung der Wirtschaft"

durch

"1. Schaffung von Arbeitsplätzen durch Stärkung und Ansiedlung kleiner und mittelständischer Betriebe"

wird einstimmig angenommen.

Punkt 13: Vorlage T 14/284
Einsparmöglichkeiten bei freiwilligen Leistungen

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Punkt 14: Vorlage 14/221
Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben gemäß § 40 i.V.m. § 89 NGO

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden stimmt für das Haushaltsjahr 2002 folgenden über- und außerplanmäßigen Ausgaben des Vermögenshaushalts zu:

1. Vermögenshaushalt - überplanmäßig -

a) 8820-9321 Grundstücksankäufe	155.000,00 Euro
b) 2170-9530 Bau Werkraum Schule Wybelsum	100.000,00 Euro

2. Vermögenshaushalt - außerplanmäßig -

a) 5100-9855 Investitionskostenzuschuss HSK	256.000,00 Euro
---	-----------------

Ergebnis: einstimmig

Niederschrift Nr. 4 über die öffentliche Sitzung des Rates am 19.06.2002

Punkt 14: Vorlage 14/221/1
Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben gemäß § 40 i.V.m. § 89 NGO

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden stimmt für das Haushaltsjahr 2002 folgenden überplanmäßigen Ausgaben des Vermögenshaushalts zu:

1. Vermögenshaushalt - überplanmäßig -

- a) 7910-9800 Zuschuss Ausbau A 31 303.400,00 Euro
- b) 2501-9350 Kauf beweglicher Sachen 67.184,60 Euro

Ergebnis: einstimmig

Punkt 15: Vorlage 14/217
Schlachthof Emden GmbH;
Öffentlichkeitsvertrag

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt, im Falle eines Verkaufes des Schlachthofes einen Öffentlichkeitsvertrag zwischen der Stadt Emden und dem Erwerber zu schließen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 16: Vorlage 14/231
Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates der Schlachthof Emden GmbH für das Geschäftsjahr 2001

(Die Herren Brinkmann, Ammersken, Groeneveld, Melles und Odinga sowie Frau L. Meyer und Frau Pohlmann nehmen an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.)

Beschluss: Die Vertreter der Stadt Emden in der Gesellschafterversammlung der Schlachthof Emden GmbH werden beauftragt,

- 1. sich dem Bericht der Geschäftsführung anzuschließen und den Abschluss für das Geschäftsjahr 2001 anzunehmen,
- 2. der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2001 Entlastung zu erteilen.

Ergebnis: einstimmig
Enthalt.: 2
Befangen: 7

Punkt 17: Vorlage 14/209
Sanierung Klein Faldern/Friesland
Aufhebung der Sanierungssatzung vom 19.04.1989

Beschluss: Die Satzung der Stadt Emden über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes in den Stadtteilen von Klein Faldern und Friesland vom 19.04.1989, bekannt gemacht im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Weser-Ems vom 22.02.1989, wird aufgehoben.

Ergebnis: einstimmig

Es wird eine kurze Pause eingelegt.

Niederschrift Nr. 4 über die öffentliche Sitzung des Rates am 19.06.2002

Punkt 18: Vorlage 14/205
Satzung über die Verlängerung der Veränderungssperre Nr. 19 der Stadt Emden

Herr Röttgers führt aus, dieser Punkt sowie die beiden folgenden gehörten inhaltlich zusammen. Das Thema sei in der Vorlage ausführlich dargestellt und im Fachausschuss sowie im VA und Rat diskutiert worden. Es gehe um die Verlängerung der Veränderungssperre, um dem Bebauungsplan in der Zwischenzeit zur Rechtskraft zu verhelfen und zu verhindern, dass die Bauvoranfrage bezüglich der Errichtung eines Schweinemastbetriebes positiv beschieden werden müsse. Die Bezirksregierung habe nach Vorliegen des Satzungsbeschlusses ihre Zustimmung zu geben. Auf Rückfrage von **Herrn Janßen** erklärt **Herr Röttgers**, die Mitarbeiter des FD Stadtplanung hätten die Fristen sorgfältig ermittelt, und auch der juristische Dienst habe überprüft, dass man sich im Zeitplan befinde und so verfahren könne.

Herr Groeneveld erklärt, man müsse zwar Baugrundstücke vorhalten, auch in Uphusen, um zu vermeiden, dass junge Leute abwanderten. Es bestehe aber die Befürchtung, dass es doch nicht so viele Bauwillige für dieses Gelände gebe. Von daher sollte man den Bebauungsplan zwar beschließen, sich aber vorbehalten, wann das Baugebiet tatsächlich erschlossen werde und in welcher Form. Es könne nicht sein, dass ein Riesenbaugebiet geplant werde, und die Nachfrage sei nicht dementsprechend. Außerdem seien weitere Baugebiete in Wolthusen in Planung, so dass die Nachfrage in Uphusen wahrscheinlich nicht so groß sein werde.

Herr Röttgers will das gern aufnehmen. Es mache Sinn, so lange mit der Erschließung zu warten, bis man den nötigen Anschub durch Bauinteressenten habe, und dann auch jeweils nur nach Bedarf zu erschließen. Das sei an anderer Stelle auch schon gemacht worden.

Herr Bornemann interessiert, ob es noch andere Gründe für den Diskussionsbedarf und damit für die Sitzungspause gegeben habe, da die Vorlage in den Ausschüssen bereits beschlossen worden sei.

Seine Fraktion spreche sich dafür aus, alle drei Beschlüsse zu fassen, weil man seinerzeit beim Kauf des Grundstücks davon ausgegangen sei, dass Bauland in diesem Bereich gewünscht werde, und das sei auch mit Sicherheit der Fall.

Herr Bolinius erwidert, man habe die TOP 19 und 20 absetzen wollen, um die Erschließung noch zurückzustellen. Es seien verschiedene Fragen noch nicht beantwortet worden, was jetzt aber durch Herrn Röttgers mündlich geschehen sei.

Herr Stolz erklärt, seine Fraktion habe sich mit dem Problem ausführlich beschäftigt mit dem Ergebnis, der Vorlage nicht zustimmen zu können. Andererseits wolle man sie auch nicht ganz ablehnen, sondern sich der Stimme enthalten.

Beschluss: Die in der Anlage zu dieser Vorlage dargelegte Satzung über die Verlängerung der Veränderungssperre Nr. 19 wird beschlossen.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit
Dagegen: 2
Enthalt.: 7

Niederschrift Nr. 4 über die öffentliche Sitzung des Rates am 19.06.2002

Punkt 19: Vorlage 14/55/2
33. Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich nördlich der Uphuser Straße - Emden-Uphusen
- Feststellungsbeschluss (Stadium III)

Beschluss: a) Die Anregungen Nr. 10, 12, 64, 3 a, 4 a, 5 a, 8 a, 13 a werden berücksichtigt.

Die Anregungen zu Nr. 27, 88, 93, 6 a, 7 a, 9 a, 12 a, 16 a, 17 a werden nicht berücksichtigt. Die Anregungen und Hinweise zu Nr. 35, 1, 2 a, 10 a, 11 a, 14 a, 15 a werden zur Kenntnis genommen.

b) Die 33. Änderung des Flächennutzungsplanes nebst Erläuterungsbericht wird beschlossen.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit
Dagegen: 2
Enthalt.: 7

Punkt 20: Vorlage 14/48/2
Bebauungsplan D 140 - mit gestalterischen Festsetzungen - Nördlich der Uphuser Straße - Emden Uphusen
- Satzungsbeschluss (Stadium III)

Beschluss: a) Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplanes D 140 - mit gestalterischen Festsetzungen - nördlich der Uphuser Straße - wird in ein Teilgebiet A (Allgemeines Wohngebiet einschließlich angrenzender öffentlicher und privater Grünflächen) und ein Teilgebiet B (Fläche für die Landwirtschaft) geteilt.

b) Die Anregungen zu Nr. 10, 12, 64, 3a, 4a, 5a, 8a, 13a werden berücksichtigt.

Die Anregungen zu Nr. 27, 88, 93, 6a, 7a, 9a, 12a, 16a, 17a werden nicht berücksichtigt.

Die Anregungen und Hinweise zu Nr. 35, 1, 2a, 10a, 11a, 14a, 15a werden zur Kenntnis genommen.

c) Der Bebauungsplan D 140 Teil A nebst Begründung wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit
Dagegen: 2
Enthalt.: 7

Punkt 21: Vorlage 14/167
Einführung von straßenbezogenen Hausnummern in Uphusen

Beschluss: Dem Anliegen der SPD-Fraktion und der Anwohner Uphusens wird Rechnung getragen. Im Ortsteil Uphusen wird eine Neuordnung der Hausnummerierung durchgeführt.

1. Die direkte Verbindung zwischen Uphuser Straße und der Brücke des Ems-Jade-Kanals wird einheitlich "Brückhörn" benannt.

Niederschrift Nr. 4 über die öffentliche Sitzung des Rates am 19.06.2002

2. Der übrige Straßenzug im Bereich Osterhörn behält die Straßenbezeichnung "Osterhörn". Im Kreuzungsbereich werden entsprechende Hinweisschilder mit Verweis auf die Hausnummern aufgestellt.
3. Der Privatweg (westl. Stichweg) wird nicht benannt.
4. In der Straße "Kirchhörn" findet eine Hausnummerierung statt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 22: Vorlage 14/244
Rechtsverordnung über die Öffnung der Verkaufsstellen anlässlich des Emder Delftfestes 2002

Beschluss: Die als Anlage der Vorlage 14/244 beigefügte Rechtsverordnung über die Öffnung der Verkaufsstellen anlässlich des Emder Delftfestes 2002 wird beschlossen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 23: Vorlage 14/223
Leitlinien, Leitbild und Spartenziele für die Kultur in Emden

Abweichender Beschluss: Die als Anlage zur Vorlage 14/223 beigefügten Leitlinien, Leitbild "Kultur in Emden im Jahre 2010" und die Spartenziele "Musik", "Darstellendes Spiel/Kleinkunst", "Bildende Kunst/Fotografie", "Literatur/Film/ Neue Medien", "Geschichte/Stadtbild/Denkmalpflege/Museumslandschaft" werden mit den Änderungen und Ergänzungen der Spartenziele für die Kultur in Emden beschlossen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 24: A n t r ä g e

1. Vorlage 14/239
Resolution des Rates der Stadt Emden zur Sanierung der Borssumer Schleuse durch das Land Niedersachsen;
- Antrag der Gruppe CDU/FDP vom 17.05.2002

Herr Hegewald führt aus, die Borssumer Schleuse habe eine wichtige Bedeutung für die Erschließung der Stadt auf dem Wasserwege, und zwar nicht nur für die Bootfahrer in Ostfriesland, sondern auch für die Bootstouristen, die die Stadt Emden besuchten und hier Geld ausgaben.

Man habe sich der Sache angenommen, insbesondere nachdem es die Proteste der Bootfahrer gegeben habe. Hier sei das Land als Eigentümerin in der Pflicht, die Schleuse schnellstmöglich zu reparieren. Es sei nicht die Aufgabe der Stadt, finanzielle Mittel einfließen zu lassen.

Er habe der Presse entnommen, dass Herr Haase und der Oberbürgermeister ein Konzept vorlegen wollten. Vielleicht gebe es einen neuen Sachstand, so dass man die Resolution evtl. gar nicht mehr benötige.

Herr Brinkmann erklärt, nachdem er zweimal habe erfahren müssen, wie mit der Vertraulichkeit zwischen Rat und Verwaltung umgegangen werde, d. h. vertrauliche Dinge der Pres

Niederschrift Nr. 4 über die öffentliche Sitzung des Rates am 19.06.2002

se zu entnehmen gewesen seien, informiere er nicht eher, bevor er ein Ergebnis habe.

Er habe auf Initiative von Herrn Haase zwei Gespräche in Hannover geführt, die gekennzeichnet gewesen seien von Kooperationsbereitschaft, eine Lösung herbeizuführen. Es sei ein Wasserwegekonzept in Vorbereitung, in dem auch die Bedeutung zwischen der Borssumer Schleuse und der Schleuse Kukulorum in Rahe hervorgehoben werden solle.

Er habe im Wirtschaftsministerium vor dem Hintergrund des gerade gefassten Eckdatenbeschlusses darauf hingewiesen, dass man nicht in der Lage sei, über einen großen Beitrag nachzudenken, und das sei auch so verstanden worden.

In der Begründung der Resolution werde angeführt, dass die Boote jetzt den Umweg durch das Emden Stadtgebiet nehmen müssten. Diese Formulierung sei s. E. nicht in Ordnung, denn der Binnenhafen werde mit EU-Fördergeldern neu gestaltet, und man wolle gemeinsam dafür Sorge tragen, dass der Binnenhafen und die Innenstadt davon profitierten.

Er schlage deshalb vor, den Text folgendermaßen zu ändern: "Die fehlende Funktionsfähigkeit der Schleuse hat zur Folge, dass die Boote ausschließlich den Weg durch das Emden Stadtgebiet nehmen müssen."

Herr Haase berichtet, von den Gesprächen in Hannover hätte man sich in der Tat schneller ein Ergebnis gewünscht, aber man befinde sich auf dem richtigen Weg, und er sei wirklich guter Hoffnung, dass möglicherweise nach dem Ende der Sommerferien etwas auf dem Tisch liege.

Seine Fraktion werde der Resolution zustimmen, weil die Öffnung der Borssumer Schleuse auch eine Angelegenheit der Sozialdemokraten, ja aller Emden sei. Er habe an der Versammlung mit den Bootjefahrern nicht teilnehmen können, sondern Herr Jahnke sei für die SPD anwesend gewesen. Er bedaure es, dass man es nicht geschafft habe, trotz eindeutiger Signale seiner Partei zu einem gemeinsamen Antrag zu kommen. Wenn es um gemeinsame Interessen gehe, sollte man auch den Mut haben, seine Fraktion mit ins Boot zu nehmen, um zu dokumentieren, dass auch sie die Sache unterstütze.

Mit der Änderung, die der OB vorgeschlagen habe, könne er sich einverstanden erklären. Ob allerdings die Schleuse zum 31.03.2003 wieder in Betrieb genommen werden könne, darauf habe man keinen Einfluss. Wenn die Sache in Gang komme, sei man auf dem richtigen Weg.

Herr Meißner weist bezüglich der Sanierung darauf hin, dass eine Seite der Schleuse in Ordnung sei, und die andere Seite verengt werden könne mittels Betonschalen. Man müsse sich erkundigen; in Holland würden alte Schleusen auch so saniert.

Herr Hegewald ist erfreut über die Unterstützung durch die SPD-Fraktion. Das ganze Problem sei nicht neu, sondern bereits vor einem Jahr aufgetaucht. Er sei überrascht, dass sich ein Jahr nichts getan habe. Durch die Proteste sei jetzt wenigstens erreicht worden, dass in Hannover über die Schleuse nachgedacht werde.

Auf den Einwand von **Herrn Haase**, dass im letzten Jahr die Lage von den Fachleuten noch anders beurteilt worden sei, entgegnet **Herr Bolinius**, er sei bei vielen Gesprächen mit Bootjefahrern und Experten vor Ort dabei gewesen, und da sei immer dasselbe gesagt worden. Dass ein Jahr nichts passiert sei, darüber sei man enttäuscht, weil die Landesregierung habe tätig werden wollen.

Herr Brinkmann erklärt, die Landesregierung habe die klare Vorgabe gehabt, dass die Schleuse nicht mehr für den Berufsverkehr benötigt werde. Außerdem bekomme die Stadt

Niederschrift Nr. 4 über die öffentliche Sitzung des Rates am 19.06.2002

Geld, um den Binnenhafen zu einem modernen Hafen für Wassertourismus zu machen.

Abweichender

Beschluss:

Der Rat der Stadt Emden fordert das Land Niedersachsen auf, die Sanierung der Borssumer Schleuse in Emden so durchzuführen, dass deren Nutzung ab dem 31. März 2003 wieder möglich ist.

Der 1. Satz im 2. Absatz der Begründung erhält folgende Fassung:

Die fehlende Funktionsfähigkeit der Schleuse hat zur Folge, dass die Boote **ausschließlich den Weg** durch das Emdener Stadtgebiet nehmen müssen.

Ergebnis: einstimmig

- - - - -

2. Vorlage 14/237
Unterstützung der Reaktivierung der Bahnstrecke Aurich-Abelitz;
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 02.04.2002

Herr Renken teilt mit, der Antrag sei im Ausschuss für Wirtschaft, Hafen und Tourismus sowie im VA behandelt worden, wo es keine Diskussionen über den Inhalt gegeben habe. Die Verwaltung sei ebenfalls einverstanden.

In einer Pressemitteilung sei die Rede gewesen von 6,2 Mio. Euro für die Strecke Aurich - Abelitz zuzüglich 6 Mio. Euro für die Errichtung der beiden Querungen über das Knockster Tief und die Brücke im Emdener Binnenhafen.

Von diesen Zahlen sollte man sich nicht zu sehr beeindrucken lassen, denn der wirtschaftliche Nutzen für diese Region sei nicht unerheblich, zumal für andere Unternehmen wie z. B. die Meyer-Werft in Papenburg Riesensummen bereitgestellt worden seien, um den Standort zu sichern. Er nehme an, dass ein Vertreter der Verwaltung an der Zusammenkunft in Aurich teilgenommen habe.

Herr Röttgers erwidert, seitens der Verwaltung werde der Antrag unterstützt, und zwar gehe es nicht um den Personenverkehr, sondern den gewerblichen Verkehr sprich Enercon. Es handele sich um einen Betrieb mit regionaler Ausstrahlung wie die Meyer-Werft oder VW, der knapp 3.000 Mitarbeiter in der Region beschäftige, in Emden seien es 129 Mitarbeiter.

In dem heute in Aurich vorgestellten Gutachten heiße es sinngemäß, dass die Reaktivierung der Bahnstrecke machbar sei, die Kosten für die Strecke Aurich - Abelitz jedoch wie schon gesagt 6,2 Mio. Euro betragen würden. Darüber hinaus müssten bei dem Transport der sperrigen Teile in den Hafen zwei Brücken über das Knockster Tief sowie eine im Binnenhafen passiert werden, die entsprechend zu erweitern seien mit den damit verbundenen Kosten.

Er habe dahingehend Stellung bezogen, dass das Thema Offshore in den Antrag einbezogen werde, um die regionale Bedeutung dieser Bahnstrecke noch mehr hervorzuheben, denn nur so habe man eine Chance auf entsprechende Finanzierung.

Von dem Gutachten, an dem noch gearbeitet werde, werde man zu gegebener Zeit hören. Er habe darum gebeten, dass die Wirtschaftlichkeitsuntersuchung noch differenzierter dargestellt werde. Man sei auf gutem Wege und habe auch die Unterstützung des Landkreises und der Wirtschaft.

Niederschrift Nr. 4 über die öffentliche Sitzung des Rates am 19.06.2002

Herr Haase führt aus, seine Fraktion werde dem Antrag zustimmen. Er würde allerdings vorschlagen, den Entschließungsantrag wie folgt zu ergänzen:

"Eine Reaktivierung könnte im wirtschaftlichen Interesse ganz Ostfrieslands liegen. Die Verwaltung der Stadt Emden wird deshalb beauftragt, in enger Abstimmung mit dem federführenden Landkreis Aurich zu handeln."

Damit solle deutlich gemacht werden, dass es sich um eine gesamtostfriesische Aufgabe handele, im Landkreis Aurich der Schwerpunkt liege und die Stadt Emden den Auftrag erhalte, in enger Abstimmung mit dem Landkreis und der Stadt Aurich das weitere Verfahren zu betreiben.

Herr Hegewald kann den Antrag unterstützen. Er möchte darauf hinweisen, dass es nicht nur um die Strecke Aurich - Abelitz gehe, sondern vielmehr um die Strecke von Abelitz nach Emden, auf der es schmale Stellen gebe. Evtl. könnten die Produkte auch verkleinert werden, um sie besser transportieren zu können.

Herr Bolinius stimmt dem Antrag ebenfalls zu. Er habe bereits lange vor dieser Antragstellung im Stadtentwicklungsausschuss die Verwaltung darum gebeten, Gespräche mit dem Landkreis Aurich in dieser Sache aufzunehmen.

Herr Renken ist mit der von Herrn Haase genannten Ergänzung einverstanden. Er würde den ersten Satz des Entschließungsantrages wie folgt ändern:

Die Stadt Emden unterstützt die Bestrebungen zur Reaktivierung der Bahnstrecke Aurich - Emden für den Güterverkehr.

Herr Brinkmann weist darauf hin, dass es eine enge Abstimmung mit dem Landkreis Aurich gebe. Gleichwohl schade es nicht, wenn der Antrag so wie vorgeschlagen formuliert werde.

Abweichender Beschluss:

Die Stadt Emden unterstützt die Bestrebungen zur Reaktivierung der Bahnstrecke **Aurich - Emden für den Güterverkehr**. Diese Bahnverbindung ist ein wichtiger Baustein für den Aufbau der Infrastruktur im Hinblick auf die Verbindung Aurichs als Produktionsstandort für Windenergieanlagen mit Emden als dem zentralen Offshore-Hafen Niedersachsens. Deshalb begrüßt die Stadt Emden, dass die technische und finanzielle Machbarkeit sowie die Wirtschaftlichkeit der Bahnstrecke unter Einbeziehung dieser bisher nicht berücksichtigten Faktoren erneut geprüft wird.

Eine Reaktivierung könnte im wirtschaftlichen Interesse ganz Ostfrieslands liegen. Die Verwaltung der Stadt Emden wird deshalb beauftragt, in enger Abstimmung mit dem federführenden Landkreis Aurich zu handeln.

Ergebnis: einstimmig

- - - - -

3. Vorlage T 14/275
Bahnverbindung nach Hannover;
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 06.06.2002

Herr Renken führt aus, die SPD-Fraktion habe in dieser Sache ebenfalls einen Antrag stel

Niederschrift Nr. 4 über die öffentliche Sitzung des Rates am 19.06.2002

len wollen, der dann jedoch nicht in den Rat gelangt sei. Seine Fraktion habe den Antrag weiterentwickelt, so dass er jetzt dem Rat zur Abstimmung vorliege.

Wie der Vorlage zu entnehmen sei, werde dieser Antrag sowohl von der Verwaltung als auch von der VEJ befürwortet. In der am 01.06.2002 in Aurich stattgefundenen Konferenz sei deutlich geworden, dass es jetzt darauf ankomme, sich auf der Grundlage dieses Konzeptes massiv für eine Stärkung des Verkehrs in dieser Region einzusetzen. Herr Theuerkauf habe alle Beteiligten an dieser Konferenz aufgefordert, das Thema verstärkt in den Wirtschaftsausschüssen zu diskutieren und die Vertreter der VEJ einzuladen. Es spreche jedoch nichts dagegen, diese Resolution heute zu verabschieden und in der nächsten Sitzung des Fachausschusses das Konzept vorgestellt zu bekommen. **Herr Haase** weist bezüglich der Forderung nach besserem Wagenmaterial darauf hin, dass dieses bereits bestellt und finanziert sei und zum Fahrplanwechsel eingesetzt werde. **Herr Kalkkuhl** kann z. B. bezüglich der Forderung nach einer Verbesserung der Infrastruktur, insbesondere Beseitigung der Langsamfahrstellen und Schaffung von zweigleisigen Abschnitten, aus eigener Erfahrung berichten, dass der Bahn enorme Mittel zur Verfügung stünden. Das Problem sei nur, dass diese Forderung auch mit allem Nachdruck von der Region politisch durchgesetzt werden müsse. Nur dann könne man erreichen, dass die Strecke lukrativer ausgebaut und gleichzeitig die Geschwindigkeit auf bis zu 160 km/h erhöht werde.

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden schließt sich dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/die Grünen vom 06.06.2002 hinsichtlich der Gestaltung einer attraktiven Bahnverbindung Richtung Hannover an.

Ergebnis: einstimmig

- - - - -

4. Vorlage 14/119
Änderung des Gesamtkonzeptes zum Bestand und zur Einrichtung von Fußgängerlichtsignalanlagen und Fußgängerüberwegen in den Hauptverkehrsstraßen der Stadt Emden;
1. Gemeinsamer Antrag der CDU/FDP-Fraktionen und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und
2. Antrag der SPD-Fraktion

Ergebnis: Von der Antragstellerin zurückgezogen!

- - - - -

5. Vorlage 14/26/2
Kostenfreies Parken an Samstagen auf bewirtschafteten Parkplätzen;
Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion sowie der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27.05.2002

Herr Röttgers führt aus, die Verwaltung bleibe bei ihrer ablehnenden Stellungnahme zu diesem Antrag. Sollte heute eine Beschlussfassung erfolgen, könnte die Regelung zum 1. des nächsten Monats umgesetzt werden.

Herr Jahnke weist nochmals darauf hin, dass diese Regelung sich kontraproduktiv auswirken werde. Trotzdem werde die SPD-Fraktion dem Antrag heute folgen und sich einem Versuch für ein halbes bzw. ein Jahr nicht verschließen. Man werde das Ergebnis abwarten auch hinsichtlich der Bewirtschaftung des Parkhauses und darauf drängen, dass die Verwaltung den Bericht schnell vorlegen werde.

Niederschrift Nr. 4 über die öffentliche Sitzung des Rates am 19.06.2002

Beschluss: Die kostenfreie Parkplatzordnung wird insoweit geändert, als die Parkscheibenregelung komplett entfällt und um den folgenden Passus ergänzt wird:

Diese Regelung wird für maximal 1 Jahr mit Beginn der Umstellung durchgeführt. Die Verwaltung legt nach dem ersten halben Jahr einen Zwischenbericht vor, auf dessen Grundlage über das weitere Vorgehen entschieden wird.

Ergebnis: einstimmig
Enthalt.: 1

- - - - -

6. Vorlage 14/220
Anzeige wegen Fällens und Diebstahl von Bäumen am Liekeweg; Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23.04.2002

Herr Stolz trägt vor, die polizeilichen Ermittlungen aufgrund der Anzeige von Emden Bürgern seien abgeschlossen; der Vorgang liege bei der Staatsanwaltschaft. Es mache daher keinen Sinn mehr, dass auch die Stadt eine Anzeige erstatte.

Gleichwohl werde festgestellt, dass das Verhalten der Verwaltung nicht nachvollziehbar sei, da es sich um einen rechtswidrigen Vorgang handele, der in der Öffentlichkeit für großen Wirbel gesorgt habe. Trotzdem sei die Verwaltung nicht bereit gewesen, Anzeige zu erstatten.

Seine Fraktion stelle folgenden Änderungsantrag:

"Der Rat missbilligt, dass die Verwaltung es unterlassen hat, eine Strafanzeige wegen des rechtswidrigen Fällens von Bäumen auf dem städtischen Grundstück Liekeweg/Ecke Platanenstraße zu stellen."

Herr Dr. Kleinschmidt lässt über den Änderungsantrag abstimmen.

Abweichender

Beschluss: Der Rat missbilligt, dass die Verwaltung es unterlassen hat, eine Strafanzeige wegen des rechtswidrigen Fällens von Bäumen auf dem städtischen Grundstück Liekeweg/Ecke Platanenstraße zu stellen.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit
Dafür: 20
Dagegen: 18
Enthalt.: 2

Punkt 25: Mitteilungen des Oberbürgermeisters

1. Vorlage 14/281
Zuordnung der fachbereichsübergreifenden Aufgaben im Verwaltungsvorstand

Auf Rückfrage von **Herrn Riese** erklärt **Herr Brinkmann**, dass der Kulturbereich Herrn Röttgers zugeordnet sei.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Niederschrift Nr. 4 über die öffentliche Sitzung des Rates am 19.06.2002

2. Vorlage T 14/267
Beteiligungsbericht 2002 der Stadt Emden

Ergebnis: Kenntnis genommen.

- - - - -

3. Vorlage 14/193
Unterrichtung des Rates von der Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben für das Haushaltsjahr 2002

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 20.50 Uhr.